

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**  
**Krise der Prognostik?**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1970) : Krise der Prognostik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 7, pp. 398-399

This Version is available at:  
<https://hdl.handle.net/10419/134139>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Krise der Prognostik?

Selten haben Konjunkturprognosen in der Bundesrepublik so im Kreuzfeuer der Kritik gestanden wie gegenwärtig. Adressaten der teilweise massiven Vorwürfe sind vor allem die Wirtschaftsforschungsinstitute. Vor drei Jahren war es der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem eine Prognose angekreidet wurde, die schon nach kurzer Zeit korrekturbedürftig wurde. Die damalige und die heutige Konjunktursituation haben eine wichtige Gemeinsamkeit: In beiden Fällen ging bzw. geht es um konjunkturelle Wendepunkte, damals um den Tiefpunkt, heute um den Höhepunkt im Zyklus. In solchen Phasen sind Prognosen ungleich schwieriger als in Zeiten „trendmäßiger“ Entwicklung; zugleich aber ist ihre Bedeutung als Entscheidungshilfe für die Politiker viel größer. Das Zusammentreffen von besonderer Schwierigkeit und besonderer Wichtigkeit der Prognosestellung in konjunkturellen Wendepunktsituationen erklärt weitgehend die Kumulation von Kritik heute wie damals.

Ein Teil der aktuellen Vorwürfe, gerade von Vertretern der amtlichen Wirtschaftspolitik, ist wohl nicht an alle Institute gleichermaßen gerichtet. Bekanntlich haben sich die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute zwischen den halbjährlichen Gemeinschaftsdiagnosen in ihrem Urteil schon oft um mehr als Nuancen unterschieden. Zuweilen gab es auch in der Gemeinschaftsdiagnose nicht jenen Grad von Einheitlichkeit der Auffassungen, der für die Formulierung einer *gemeinsamen* Fassung notwendig ist. Das war auch im April dieses Jahres der Fall, als in einem für die Konjunkturpolitik entscheidenden Punkt – der weiteren Beurteilung von Preis- und Kostenentwicklung – drei Institute Besorgnis äußerten, die von zwei anderen nicht geteilt wurde.

Solche Abweichungen sind wissenschaftlich legitim und erklärbar. Dem kundigen Interpreten können sie nützlicher sein als vieldeutige Kompromißformulierungen. Wie die Erfahrung zeigt, hat niemand auf Dauer „die Wahrheit gepachtet“. Daher sollte der gegenwärtigen Verteilung von „richtigen“ und „weniger richtigen“ Auffassungen in diesem Zusammenhang nicht zu viel Gewicht beigemessen werden. Viel bedeutsamer ist derjenige Teil der Vorwürfe, der den Instituten grundsätzliche Mängel ihrer Arbeit vorwirft. Man spricht offen von einer „Krise der herkömmlichen Prognosetätigkeit“. Diese Behauptung kann nicht unwidersprochen bleiben.

Zunächst ist festzustellen, daß auch sachkundige Konsumenten wissenschaftlicher Konjunkturprognosen immer wieder in den Fehler verfallen, von Prognosen mehr zu erwarten, als sie geben können. Offensichtlich müßte jeder Prognose die geradezu klassische Definition des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorangestellt werden: *„Wir können nur die Entwicklungen, die unsere Wirtschaft in der Zukunft nehmen könnte, der Reihe nach überprüfen, um aus dem weiten Bereich der Möglichkeiten jene Zukunftshypothese herauszufinden, die nach unserer Auffassung am besten mit den uns bekannten Tatsachen und Theoremen in Einklang steht... Sie ist eine Projektion, der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen, aber sie braucht noch nicht einmal eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen.“* In der Praxis aber werden immer wieder Wunder an Genauigkeit von den Konjunkturprognosen erwartet. Zwar wird dieser Erwartung durch das detaillierte Zahlenwerk Vorschub geleistet, das heute zu Prognosen gehört. Doch sachverständige Benutzer sollten wissen, daß die Zahlen in erster Linie der Überprüfung der Prognoseüberlegungen auf ihre Konsistenz dienen. Mehr Gewicht als den

ausgewiesenen Wachstumsraten kommt dem Aufzeigen der Probleme zu. In dieser Hinsicht waren die Prognosen aber durchweg besser als in ihren quantitativen Aussagen.

Die Kritiker ignorieren zumeist auch, daß Prognosearbeit ein laufender Prozeß ist. Das hat sie mit jeder Urteilsbildung über anhaltende Vorgänge gemeinsam. Immer wieder müssen die Annahmen, die jeder Prognose zugrunde liegen, an Hand neuer Informationen überprüft werden. In Phasen, in denen das Bestehen eines Wendepunktes vermutet wird, sind Revisionen daher zwangsläufig häufiger als in Zeiten relativ glatten Wirtschaftsablaufs. Das liegt in der Natur von Zyklusbewegungen, die sich niemals in völlig gleicher Weise wiederholen. Selbstverständlich entstehen daraus beträchtliche Probleme für die Konjunkturpolitik. Denn weder ihre Instrumente noch die Politiker, die über ihren Einsatz befinden, sind beweglich genug, um raschen Prognosenänderungen zu folgen. Aber diese Schwierigkeiten darf man nicht einseitig der Prognose anlasten. Dies Verfahren erweckt nur den Verdacht, man brauche einen Sündenbock für das Versagen der Wirtschaftspolitik.

Die Einwände gegen unberechtigte Pauschalkritik bedeuten nicht, daß die Verbesserungsfähigkeit der Prognosemethoden bestritten werden soll. Sicherlich ist noch viel zu tun, um durch Nutzung aller wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten die Qualität der Prognosen zu erhöhen. Wenn jedoch manche Kritiker den Eindruck erwecken, man brauche lediglich die derzeit in den Instituten praktizierte „intuitive“ Methode durch die Anwendung ökonomischer Modelle zu ersetzen, um wesentlich bessere Ergebnisse zu erzielen, so ist das einfach unzutreffend. Erst kürzlich ist ein Vergleich zwischen den Prognoseergebnissen der deutschen Forschungsinstitute und des – mit ökonomischen Modellen arbeitenden – Niederländischen Zentralplanungsbüros veröffentlicht worden. Dabei ergaben sich keine nennenswerten Unterschiede in der Treffsicherheit. Bekannt sind auch die wiederholten Fehlprognosen, die trotz Benutzung ökonomischer Modelle in letzter Zeit in den USA gemacht worden sind. Und schließlich hat es auch in der Bundesrepublik durchaus nicht an Versuchen gefehlt, ökonomische Modelle für Zwecke der kurzfristigen Konjunkturprognose zu verwenden. Die Ergebnisse waren jedoch wenig ermutigend. Das Objekt der Konjunkturforschung unterliegt stetem Wandel. Einem solchen Gegenstand ist mit starren Methoden und Modellen nicht beizukommen. Allein die Kombination der „intuitiven“ Methode mit ökonomischen Teilmodellen für die Prognose einzelner Teilgrößen verspricht Fortschritt.

Über den Nutzen dieser oder jener Methode gibt es gewiß unterschiedliche Auffassungen. Völlige Einigkeit besteht unter den Konjunkturforschern aber zweifellos über den Mangel an Informationen. Hier schlägt die Kritik – soweit sie aus dem Bereich der Politik kommt – auf die Kritiker zurück. Notorisch sind die Mängel der Statistik. Ein krasses Beispiel ist dabei der Bausektor, für den es kaum aktuelle Indikatoren gibt. Viel zu lange dauert es auch, bis wichtige Zahlen verfügbar sind. Alles das ist immer wieder moniert worden. Doch die Antwort lautet stets, für dieses seien keine Mittel vorhanden, für jenes fehle die gesetzliche Grundlage. Wie aber sollen Prognosen „gut“ sein, wenn nicht einmal genügend Informationen für die Gegenwart vorliegen? Spärlich sind auch die Informationen über die Absichten der öffentlichen Hand. Daran haben Jahreswirtschaftsbericht und mittelfristige Finanzplanung nichts zu ändern vermocht. Eine Feststellung aus der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 1969 spricht für sich: „Auch über die Finanzgebarung der Gebietskörperschaften gibt es noch weniger als sonst ausreichende Informationen.“

Mehrere ganz verschiedene Faktoren sind es also, die zusammen das bewirken haben, was manche als Krise der Prognostik bezeichnen, was in Wirklichkeit aber mindestens ebenso sehr eine Krise des Prognoseverständnisses ist. Nur eine Besinnung auf die „natürlichen“ Grenzen der Prognose kann davor bewahren, die Lösung der Schwierigkeiten in der falschen Richtung zu suchen. Gewiß sind die Prognosemethoden weiterzuentwickeln. Ebenso notwendig ist aber die Forcierung des Lernprozesses bei den Politikern, die bisher allzu oft verhindert haben, daß die Mittel der Konjunkturpolitik überhaupt eingesetzt wurden.

*Hans-Jürgen Schmahl*